

Leserbriefe

Eiderstedt wird Strom nicht los

Zu: „Heftiger Gegenwind für ‚Eiderstedter Bürgerenergie‘“ (Ausgabe vom 19. Oktober) Ich möchte richtigstellen: Eiderstedt wird neu produzierten Strom nicht los! Die Leitungen der SH Netz AG in Eiderstedt sind voll. Natürlich wird Schleswig-Holstein den größten Teil des Stroms los: Selbst im ersten kritischen Halbjahr 2022 wurde aber nur circa ein Drittel hier verbraucht und zwei Drittel des eingespeisten Stroms aus Schleswig-Holstein wurde exportiert, z.B. nach Bayern, Frankreich usw. Einen weiteren Teil des Stroms wird man aber in der Tat nicht los, sondern er wird abgeregelt. In Schleswig-Holstein lag die Obergrenze 2021 bei 1,85 Milliarden Kilowattstunden.

Erneuerbare Energien sind jetzt natürlich unverzichtbar – keine Frage. Neue Windkraftanlagen sind allerdings in Eiderstedt aus guten Gründen – wie dem Naturschutz, dem Tourismus, den ausgelasteten Leitungen usw. – planerisch ausgeschlossen. Für neue Windräder sind in Schleswig-Holstein bereits geeignete Standorte im „Regionalplan Wind“ ausgewiesen – aber nicht in Eiderstedt!

Rainer Palm, Tating

Hat wenig zu tun mit Gemeinwohl

Zu: „Pläne für Neubaugebiet in Böhl“ (Ausgabe vom 30. September) Bagger, Kräne, Muldenkipper und schwere Lastwagen bestimmen das Bild wie nie zuvor. Die Straßenschäden zahlt der Steuerzahler, wie ein weiser Gemeindevertreter in St. Peter-Ording zu berichten wusste. Wie viele Bauvorhaben es derzeit in der Gemeinde gibt und welcher Flächenbeziehungsweise Ressourcen-Verbrauch damit verbunden ist, wissen wohl selbst die Verantwortlichen nicht. Die Öffentlichkeit erfährt es jedenfalls nicht.

Baulöwen, Immobilienhaie und ihre Helfer haben den Ort offenbar fester im Griff als je zuvor. Ein Bebauungsplan jagt den nächsten. Das auf den Weg gebrachte Ortsentwicklungskonzept scheint diesen Prozess noch zu beschleunigen, zumal die Bürgerbeteiligung sich, zumindest aufgrund der Qualität der Fragebogenaktion, als Farce entpuppen dürfte.

Hinzu kommt das neue Zauberinstrument „bezahlbares Wohnen“. Was darunter konkret zu verstehen ist und welche Folgenwirkungen zu erwarten sind, bleibt nebulös, abgesehen vom erneut erhöhten Verkehrsaufkommen.

Gleichzeitig werden auch noch eine exorbitant hohe Summe, inzwischen wohl insgesamt über zwölf Millionen Euro, an Steuergeldern für das Prestigeobjekt „Familienbegegnungsstätte“ ausgegeben. Eigentlich ein klassischer Fall für den Steuerzahlerbund.

Andererseits sollen unverhältnismäßig hohe Straßenbaubeiträge erhoben werden. Für einen betroffenen landwirtschaftlichen Betrieb, dem frühere politische Entscheider durch einen Bebauungsplan grundlegende Entwicklungsmöglichkeiten genommen haben, steht ein sechsstelliger Betrag im Raum.

Alles das hat mit Nachhaltigkeit und Gemeinwohl wenig zu tun. Die verantwortlichen Entscheider verschwinden allzu oft, spätestens dann, wenn sie einen Teil ihrer Interessen durchgesetzt haben, in der politischen Versenkung. Die größten Profiteure wiederum sitzen meist an weit entfernten Standorten.

Klaus Peters, St. Peter-Ording
